



Meinungspapier

Eingangsbesoldung und Zahlungen Pensionsfonds

Herausgeber: Junge Union Bayern - Landessekretariat

Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Telefon 0 89/12 43-2 42, -2 44, Telefax 0 89/1 29 85 31

ju@ju-bayern.de

1 Der Landesausschuss der JU Bayern spricht sich gegen die Absenkung der Eingangsbesoldung und
2 gegen das Aussetzen der jährlichen Zahlungen zum Pensionsfonds für bayerische Beamtinnen
3 und Beamte aus und fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Beschlussfassung des
4 Bayerischen Kabinetts vom 21. Dezember 2011 insoweit zu korrigieren.

5
6 Das Bayerische Kabinett hat am 21. Dezember 2010 den Doppelhaushalt 2011 / 2012 beschlossen.
7 Die Junge Union Bayern begrüßt im Grundsatz das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, auch für
8 die Jahre 2011 und 2012 einen Haushalt vorzulegen, der ohne neue Schulden auskommt. Die
9 Schulden von heute sind die Zinslasten von morgen. Umgekehrt eröffnet ein konsequenter
10 Schuldenabbau neue Spielräume für zusätzliche Investitionen in der Zukunft.

11

12 Klar ist, dass auch der öffentliche Dienst seinen Beitrag zum ausgeglichenen Haushalt erbringen
13 muss. So ist es beispielsweise absolut richtig, dass im Doppelhaushalt 2011 / 2012 keine
14 zusätzlichen kostenwirksamen Stellen ausgebracht werden. Das selbst auferlegte Prinzip des
15 „intelligenten Sparens“ muss aber jedoch auch bei den Bayerischen Beamtinnen und Beamten
16 gelten.

17 Vor diesem Hintergrund ist für uns nicht nachvollziehbar, warum auch die Zahlungen für den
18 Pensionsfonds für die Bayerischen Beamtinnen und Beamten ausgesetzt wurden. Der
19 Pensionsfonds wurde als nachhaltiges Instrument geschaffen, um die absehbaren immensen
20 künftigen Haushaltsbelastungen durch Pensionsleistungen auszugleichen. Durch den
21 Pensionsfonds wird damit sichergestellt, dass auch künftige Generationen trotz ansteigender
22 Pensionslasten einen zukunftsweisenden Haushalt aufstellen können. Wer die Zahlungen zum
23 Pensionsfonds aussetzt, spart somit an der Zukunft.

24

25 Auch die beabsichtigte Absenkung der Eingangsbesoldung für Dienstanfänger lehnen wir ab.
26 Gerade durch das zum 01. Januar 2011 in Kraft getretene Neue Dienstrecht in Bayern sollten die
27 Entwicklungsperspektiven für junge, leistungswillige Beamtinnen und Beamte deutlich verbessert
28 werden. Dies ist richtig und notwendig, damit auch künftig der öffentliche Dienst für
29 Leistungsträger attraktiv und der Freistaat Bayern im Wettbewerb um die besten Kräfte auf dem
30 Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleibt.

31 Die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung, ab dem 01. März 2011 die Eingangsbesoldung
32 für Dienstanfänger in den ersten beiden Dienstjahren um eine Besoldungsstufe abzusenken, hat
33 leider die genau entgegengesetzte Wirkung. In Zahlen bedeutet die beschlossene Absenkung
34 beispielsweise bei Dienstanfängern mit Hochschulabschluss monatliche Einbußen von 367,64 €
35 brutto. Auch bei den niedrigen Einkommensgruppen wird gespart. So verdient ein Dienstanfänger

36 im mittleren Dienst künftig knapp 50 € weniger im Monat. Diese Zahlen zeigen: Die beschlossene
37 Absenkung der Eingangsbesoldung geht voll und einseitig zu Lasten der jungen Generation!
38 Wir fordern die Bayerische Staatsregierung daher auf, die beschlossene Absenkung der
39 Eingangsbesoldung und das Aussetzen der Zahlungen zum Pensionsfonds rückgängig zu machen.
40
41 *Innerhalb des geschäftsführenden Landesvorstands abgestimmt.*